

Das Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der DDR (1970-1976)

Konstituierung einer sozialen Frage sui generis

Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre zeigte sich, dass der aus dem 19. Jahrhundert geläufige Begriff der „sozialen Frage“ durchaus auch noch im realen Sozialismus eine Rolle spielte. Beim Versuch, eine sozial gerechte Gesellschaft hervorzubringen, kam es zur Konstituierung einer sozialen Frage sui generis: „Diese kulminierte im Widerspruch zwischen dem wirtschaftlichen Leistungspotential und dem sozialen Erwartungsdruck sozialistischer Gesellschaften. In den Parteiführungen der PZPR (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) und der SED registrierte man das damit verbundene Risiko recht genau: Der soziale Forderungsdruck nahm rascher zu als die Möglichkeiten, ihn zu befriedigen. Einmal erreichte Verbesserungen ließen sich kaum mehr zurücknehmen. Das, was als soziale Errungenschaft politischen Mehrwert bringen sollte, wurde in relativ kurzer Zeit bei der Bevölkerung zur Gewohnheit und für die Politik zur Falle.“¹

Zugespitzt trat die „soziale Frage“ 1970 im Nachbarland Polen in Erscheinung. Die wiederholten erheblichen Preiserhöhungen für Fleisch, die nicht durch die von der polnischen Regierung behaupteten Preissenkungen bei anderen Waren ausgeglichen wurden, führten Ende des Jahrzehnts zu einer drastischen Zunahme der sozialen Spannungen. Władysław Gomułka, der 1956 die Parteiführung übernommen hatte und an dessen Person sich große Hoffnungen der Polen geknüpft hatten, war Ende der 1960er Jahre am Ende seines Laiteins. Zudem überschätzte er die Leidensfähigkeit der polnischen Arbeiter.

Die Gesellschaftskrise im Nachbarland Polen

Im Dezember 1970 streikten die Arbeiter in den polnischen Küstenstädten. Demonstranten zogen vor öffentliche Gebäude. Die polnische Armee setzte Soldaten, Panzer und Flugzeuge gegen die Werftarbeiter ein. Bis zum Ende der Unruhen am 18. Dezember wurden 41 Menschen getötet und etwa 3.000 Bürger von der Miliz eingesperrt. Es folgte Gomułkas Sturz. An seine Stelle trat Edward Gierek, der bisherige Parteichef in Schlesien, der es 1968 abgelehnt hatte, unter Gomułka Vizepremier zu werden. Er stabilisierte die Lage durch Rekompensationen für die Preiserhöhungen und durch differenzierte Erhöhungen bei niedrigen Löhnen, Renten und Familienbeihilfen. Die UdSSR stellte einen Kredit zur Verfügung.

¹ Peter Hübner/Christa Hübner: Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968-1976. Köln Weimar Wien 2008, S. 13.

Es kam zu einem kurzzeitigen Aufblühen bis 1972/73, einschließlich eines pass- und visumfreien Reiseverkehrs zwischen Polen und der DDR und nach dem neuen Kurs der Schaffung eines „zweiten Polens“ – einem abenteuerlichen Investitionskurs mit Devisenkrediten – zum Krisenszenarium des Jahres 1976. Polen verfiel immer mehr in der Schuldenfalle.

Die „Palastrevolution“ in der DDR

In der DDR begann im Dezember 1970 so etwas wie eine „Palastrevolution“. Auf der 14. ZK-Tagung wurde Walter Ulbricht eine waghalsige Strukturpolitik vorgeworfen. Im Zuge der DDR-Wirtschaftsreform sei der Dynamik Vorrang vor der planmäßigen proportionalen Entwicklung gegeben worden. Dadurch wurde die wirtschaftliche Entwicklung der DDR beeinträchtigt. Politbüromitglied Paul Verner erklärte: „Manche Vorhaben des Gesellschaftsbaus, Bauten in den Stadtzentren und bestimmte Investitionen, die nicht bilanziert werden können, müssen später verwirklicht werden. Das mag manchem von uns wehtun, aber wir können nur von den realen Möglichkeiten ausgehen.“²

In der DDR mangelte es an warmer Unterbekleidung, winterfesten Schuhen, Arbeits- und Berufsbekleidung, Öfen und Herden, Bügeleisen, Sportgeräten und Schreibgeräten, örtlich auch an Butter und Fleisch.³

Im Mai 1971 wurde Ulbricht gestürzt und Erich Honecker inthronisiert. Die von Ulbricht begonnenen Reformen wurden gestoppt und teilweise zurückgenommen. Honecker betrieb die erneute Stärkung der politischen Steuerung des Wirtschaftsprozesses und eine sozialpolitische Kurskorrektur, bald als „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ bzw. nach Moskauer Vorbild als „Hauptaufgabe“ ausgewiesen. Ebenso wie in Polen waren die Arbeiter deziert der Adressat der Sozialpolitik.

Die Rückkehr zum „bilanzierten Plan“

Auf dem VIII. Parteitag kamen die unterschiedlichen strategischen Konzepte Ulbrichts und Honeckers nur noch am Tage der Eröffnung in den Blick. Während Walter Ulbricht in seiner Eröffnungsansprache, die wegen Ulbrichts Erkrankung verlesen wurde, die außenpolitischen Erfolge der DDR hervorhob⁴, ging Honecker auch auf die Defizite der gesellschaftlichen Entwicklung ein. Zu den ungenügend bewältigten Aufgaben zählte Honecker

² Paul Verner: Bericht des Politbüros an die 14. Tagung des ZK der SED 9.-11.12.1970. Berlin 1970, S. 12.

³ Vgl. Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972. Berlin 1997, S. 399, Anmerkung 87.

⁴ Ulbricht stellte fest: „Die internationale Autorität der Deutschen Demokratischen Republik ist gewachsen. Zur Zeit des VII. Parteitages hatten wir mit 13 Staaten diplomatische Beziehungen. Heute haben 29 Staaten unsere Republik völkerrechtlich voll anerkannt.“ Eröffnungsansprache des VIII. Parteitages der SED von Genossen Walter Ulbricht. In: Protokoll des VIII. Parteitages der SED. Berlin 1971, S. 15.

- das Zurückbleiben der Energieproduktion und der Zulieferindustrie
- die Lücken in der Versorgung der Bevölkerung
- die Defizite im Wohnungsbau
- die Disproportionen, die sich in der Volkswirtschaft störend bemerkbar machten.

Honecker erklärte, dass manche Bürger in dieser Zeit die Frage nach dem ökonomischen System des Sozialismus gestellt hätten. Er antwortete: „Genossen, das ökonomische System des Sozialismus entwickelt sich gut, nur allzu viel 'außerplanmäßige Wunder'⁵ kann es nicht verkraften. Es braucht den bilanzierten Plan als sicheres Fundament.“⁶

Die inzwischen gewonnenen Erkenntnisse bei der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus seien bei der Inangriffnahme des neuen Fünfjahrplans zu berücksichtigen. Im Entwurf der Direktive wurde die „Hauptaufgabe“ definiert: „Die Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes besteht in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität.“⁷

Die Wirtschaft sei Mittel zum Zweck, Mittel zur immer besseren Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse des Volkes. Die Hauptaufgabe trage dem gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen der Produktion und den Bedürfnissen der Menschen Rechnung. Dabei seien die Möglichkeiten real einzuschätzen. Die Mittel für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen wachsen bei planmäßiger erfolgreicher Arbeit kontinuierlich, aber sie steigen nicht sprunghaft an. Deshalb sei sorgfältig abzuwägen, wo Verbesserungen am dringendsten sind.

Der Arbeitslohn werde als Hauptform für die materielle Interessiertheit genutzt. Die Geldeinnahmen sollten bis 1975 jährlich um etwa vier Prozent zunehmen. Ebenso seien Voraussetzungen zu schaffen, damit im Laufe des Jahres die Altersrenten nach den Grundsätzen des im Jahre 1968 eingeführten neuen Rentenrechts berechnet werden können.

Als weitere Schwerpunkte wurden genannt, dass besonders für junge Leute, die heiraten und Kinder bekommen, mehr Wohnungen erforderlich seien. Von 1971 bis 1975 sei vorgesehen, eine halbe Million Wohnungen zu bauen.

Auch der Umweltschutz fand Erwähnung. Es sei der Kampf gegen die Verschmutzung von Luft und Wasser, die Eindämmung des Industrie- und Verkehrslärms zu führen.

⁵ Eine Anspielung auf den Berliner Fernsehturm, der im Vergleich zum Plan mehr als doppelt so teuer wurde.

⁶ Erich Honecker: Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED. In: Ebenda, S. 61.

⁷ Ebenda, S. 61f.

Bei der Planung und Organisierung der Produktion und Versorgung sei künftig stärker der Bedarf der Bevölkerung als entscheidende Ausgangsgröße vorzusehen. Die Sortimente seien auch in den niedrigen Preisgruppen in Übereinstimmung mit dem Bedarf zu produzieren und die Versuche, die Produktion von Konsumgütern einzustellen, seien zu unterbinden. Der Handel müsse der Bevölkerung durch Einkaufserleichterungen, Kundendienste und Dienstleistungen helfen, Zeit zu sparen. Eine wichtige Staatsangelegenheit sei es, mehr und bessere Waren, die dem Bürger gefallen und seine Bedürfnisse befriedigen, zur Verfügung zu stellen.

Sozialpolitische Maßnahmen: Lohn- und Rentenerhöhungen, Urlaub und Kuren

Nach einem gemeinsamen Beschluss des ZK der SED, des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB traten mit Wirkung vom 1. Mai 1971 in Kraft⁸: Erhöhung des Mindestlohnes, differenzierte Lohnerhöhungen und leistungsabhängige Tarifizulagen für ausgewählte Gruppen von Beschäftigten, Erhöhungen der Renten für 2,3 Millionen Bürger und Verbesserungen in den Leistungen der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung und der Sozialversicherung.

1972 und 1973 wurden weitere sozialpolitische Maßnahmen durchgeführt. Im März 1972 wurden Verbesserungen im Feriendienst des FDGB und in der Bereitstellung von Kuren beschlossen.⁹ Vor allem für Arbeiter, für Frauen mit mehreren Kindern und für Schichtarbeiter wurden prophylaktische und Heilkuren bereitgestellt. Ein bestimmtes Kontingent von Plätzen der Interhotels und anderer Hotels wurde durch den Feriendienst des FDGB an Arbeiter und Angestellte vergeben.

Im April 1972 erhöhte ein gemeinsamer Beschluss ab 1. September für 3,9 Millionen Bürger die Mindestrenten oder es erfolgte eine Rentenerhöhung durch Neuberechnung der Altrenten. Gefeierte wurde dies als die spürbarste Rentenerhöhung in der Geschichte der DDR, obwohl sich das Rentenniveau noch im Bereich kurz unter bzw. kurz über der Armutsgrenze bewegte.¹⁰

Mit Wirkung ab 1. Juli 1972 erfolgte für rund 200.000 Mütter mit drei und mehr Kindern bis zu 16 Jahren die Reduzierung der Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnkürzung.¹¹ Um drei bis neun Tage wurde der Jahresurlaub für 400.000

⁸ Vgl. Sozialpolitik. Herausgegeben von Günter Manz und Gunnar Winkler. Berlin 1985, S. 295.

⁹ Vgl. Gemeinsamer Beschluss des Politbüros des ZK der SED, des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrats der DDR zur Entwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften sowie zu Fragen der Kuren. 7. März 1972. In: Neues Deutschland. Berlin. B-Ausgabe vom 8. März 1972, S. 1ff.

¹⁰ Vgl. Günter Manz: Armut in der „DDR“-Bevölkerung. Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende. Augsburg 1992, S. 16, 113, 120.

¹¹ Vgl. Gemeinsamer Beschluss des Politbüros des ZK der SED... a.a.O.

vollbeschäftigte werktätige Mütter verlängert. Eheleute im Alter bis zu 26 Jahren, die eine Erstehe schlossen, erhielten zusätzliche zinslose Kredite, von denen nach Geburt von Kindern Rückzahlungen erlassen wurden. Die zurückzahlende Summe reduzierte sich pro Kind in Stufen um 1.000/1.500/2.500 Mark und wurde so mit der Geburt des dritten Kindes erlassen. In der DDR entstand das neue Wort: „abkindern“. Für Familien mit drei und mehr Kindern traten Fahrpreisermäßigungen in Kraft. Die Geburtenbeihilfen wurden einheitlich auf 1.000 Mark festgelegt. Vorher lag diese Beihilfe beim ersten Kind bei 500 Mark. Der Wochenurlaub wurde von 8 auf 12 Wochen verlängert. Wochenurlaub und Schwangerschaftsurlaub betragen nun 18 Wochen. In den 1980er Jahren kam das bezahlte „Babyjahr“ hinzu. Unverheiratete Frauen konnten ab dem 40. Lebensjahr einen monatlichen Haushaltstag in Anspruch nehmen.

Babyjahr und Haushaltstag konnten nur Frauen nutzen. Ausnahme bildeten alleinerziehende Väter, die dieses Recht ebenfalls erhielten.¹² Alleinerziehende Mütter und Väter wurden durch zinslose Kredite nicht gefördert.

1972 war durch das Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft gegen Stimmen von CDU-Abgeordneten in der Volkskammer die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs erfolgt. Zugleich wurden Verhütungsmittel an sozialversicherte Mädchen und Frauen ab dem 16. Lebensjahr kostenlos abgegeben. Die DDR erreichte durch die sozialen Maßnahmen, dass es nicht wie in der Bundesrepublik zu einem Geburtenrückgang kam. Die Kinder dieser Geschichtsperiode waren in der DDR Wunschkinder. Die Demographie prägte dafür den Terminus „Honecker-Buckel“.

Das Wohnungsbauprogramm

Die 10. Tagung des ZK der SED beschloss im Oktober 1973, die Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990 zu lösen. Es wurde vorgesehen, bis zum Jahre 1990 2,8 bis 3,0 Millionen Wohnungen neu zu bauen bzw. zu modernisieren. Das Wohnungsbauprogramm galt als Kernstück der sozialpolitischen Maßnahmen. Wohngebiete sollten so gestaltet werden, dass sie die sozialistische Lebensweise fördern. Der Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, führte dazu auf der 10. Tagung aus: „Dazu gehört, die Wohngebiete zweckmäßig mit gesellschaftlichen Einrichtungen auszustatten und schöner zu gestalten. Neben Kindereinrichtungen, Schulen und Einkaufsstätten müssen vor allem in größeren Wohngebieten Einrichtungen für Dienstleistungen, für die gesundheitliche Betreuung und für die Gestaltung der Freizeit, einschließlich Körperkultur und Sport, geschaffen werden.“¹³

1973 wurden für etwa 290.000 Mieter die Mieten in Neubauwohnungen um durchschnittlich 216 Mark im Jahr reduziert und auf das Mietpreisniveau von

¹² Vgl. Ellen Händler/Uta Mitsching-Viertel: Unerhörte Ostfrauen. Lebensspuren in zwei Systemen. Stuttgart 2019, S. 206.

¹³ Wolfgang Junker: Das Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre 1976 bis 1990. 10. Tagung des ZK der SED 2.10. 1973. Berlin 1973, S. 15.

1966 zurückgeführt.¹⁴ Damit wurde ein richtiger Ansatz in der Ulbricht-Ära zurückgenommen, den Mietpreis kostendeckend zu gestalten. Es handelte sich dabei um Bauten in attraktiven Neubaugebieten, wie in der Rathausstraße und in der Leipziger Straße in Berlin-Mitte. Hier wirkte Honecker gegen den Trend – er verletzte die später so beschworene Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, hier wurde Sozialpolitik auf Kosten der Wirtschaftspolitik betrieben.

Die dynamischste Wirtschaftsregion der Welt?

Im Juli 1974 trafen in Sofia die Mitgliedsstaaten des RGW zu einer Jubiläumstagung zusammen. 25 Jahre war der RGW alt geworden. Der zurückgelegte Weg wurde analysiert und unter historischen Gesichtspunkten analysiert. Die gemeinsam getroffene Wertung lautete:

„Die RGW-Länder sind zur stabilsten und dynamischsten Wirtschaftsregion der Welt geworden. Ihr Gewicht in der Weltpolitik hat sich dadurch um ein vielfaches erhöht, sie sind zum Vorbild aller antiimperialistischen Kräfte im internationalen Klassenkampf geworden und haben so wesentlich dazu beigetragen, das Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus weiter zugunsten des ersteren zu verändern.“¹⁵

Als Beweis wurden Zahlen angeführt, die auf den ersten Blick solchen Bewertungen Recht zu geben schienen.

Ländergruppen	1950-1955	1956-1960	1961-1965	1965-1970	1970-1973
RGW-Länder	13,5	10,1	8,3	8,3	8,2
Kapitalistische Industrieländer	6,0	4,1	5,9	5,4	1,0
Entwicklungsländer	9,4	7,8	7,0	7,0	4,6

Zu belegen wurde versucht, dass sich die Industrieproduktion der RGW-Länder von 1948 bis 1973 auf mehr als das Zwölfwache erhöht hatte, die der entwickelten kapitalistischen Länder hingegen nur auf das Vierfache. Was besagte das? Keineswegs das, was es auf den ersten Blick suggerierte. Auf den zweiten Blick freilich wurde die Manipulation offenbar. Dass die RGW-Länder, die in ihrer Mehrheit als Agrarländer gestartet waren, ein höheres in-

¹⁴ Vgl. Sozialpolitik, a.a.O., S. 294.

¹⁵ Margot Hegemann: Kurze Geschichte des RGW. Berlin 1980, S. 327.

¹⁶ Willi Kunz: Dynamik und Effektivität. In: horizont, 5/1974, Beilage, S. 4 Errechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1975, Anhang.

dustrielles Wachstum, gemessen am niedrigen Ausgangsniveau, haben mussten, sagte noch nichts über den tatsächlichen Entwicklungsstand aus. Damit war also noch keineswegs ein Beweis dafür geliefert, dass es sich beim RGW um die stabilste und dynamischste Wirtschaftsregion der Welt handelte.

Das Ende der RGW-Festpreise

1974/75 wurde im RGW eine seit langem fällige Korrektur quasi durch die Hintertür vorgenommen. Die Sowjetunion hatte sich Jahrzehnte nach der Stalinschen Hypothese gerichtet, dass es einen kapitalistischen und einen sozialistischen Weltmarkt gäbe.¹⁷ Die Wirtschaften der RGW-Länder waren unter diesen Auspizien auf die Bedürfnisse der sowjetischen Volkswirtschaft ausgerichtet worden. Die Sowjetunion lieferte Rohstoffe und die kleineren Länder lieferten Industrieprodukte. Stalins Sicht von den zwei Weltmärkten hätte spätestens vom XX. Parteitag der KPdSU 1956 revidiert werden müssen, da sie falsch war. Aber sowohl Nikita Chruschtschow als auch Leonid Breschnew hielten an dieser Prämisse fest. So kam es, wie es nicht anders kommen konnte, wenn ökonomische Gesetze verletzt werden. In den letzten zwei Jahrzehnten waren die Terms of Trade für die Sowjetunion eher unvorteilhaft. Sie subventionierte die kleineren Staaten, indem sie zu unter dem Weltmarktniveau liegenden Preisen „harte“ Rohstoffe lieferte und im Wesentlichen international nicht wettbewerbsfähige Industriegüter in Zahlung nahm.¹⁸

Seit 1964 wurden die Salden in Transferrubeln bilanziert, die weder im RGW-Raum multilateral transferierbar waren noch etwas mit Rubeln zu tun hatten. Handelsüberschüsse wurden deshalb allgemein gemieden.

All dies war folgerichtiger Ausfluss eines Wirtschaftssystems, das völlig binnenwirtschaftlich orientiert war. Der Außenhandel war darin eher ein Fremdkörper, der nicht dem Wettbewerb diente, sondern einzig der Beschaffung von im Inland nicht vorhandenen Waren und Technologien. Dementsprechend spielte im RGW der Autarkiegedanke eine Rolle. Die Außenhandelsverflechtung der RGW-Länder war auch nur halb so groß wie jene der westlichen Industriestaaten. Sie konzentrierte sich zu rund zwei Dritteln auf den Intra-RGW-Handel.

Eine derart von der Sowjetunion getragene Fehlsteuerung der Wirtschaftskooperation war nicht in einem kurzzeitigen Kraftakt zu korrigieren. Die Sowjetunion öffnete sich dem Weltmarkt in einem für sie äußerst günstigem Moment. Die Rohstoffpreise – vor allem die Preise für Erdöl – stiegen nach dem Oktoberkrieg 1973 im Nahen Osten sprunghaft an, weil die OPEC-Staaten das Öl als Waffe einzusetzen bemüht waren.

Ganz anders gestaltete sich die Situation für die kleinen RGW-Länder. Die plötzliche Konfrontation mit dem Weltmarkt bürdete ihnen enorme Lasten

¹⁷ Vgl. Jossif W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Berlin 1953.

¹⁸ Vgl. Ende einer Agonie. In: Neue Zürcher Zeitung, 30. Juni/1. Juli 1991, S. 13.

auf. Zwar gewährte ihnen die UdSSR eine Übergangsfrist. Die Preise im RGW basierten nicht auf Angebot und Nachfrage, sondern auf der sogenannten Bukarest-Formel, einem anhand des offiziellen und somit verzerrten RGW-Wechselkurses berechneten gleitenden Fünfjahresdurchschnitt der Weltmarktpreise. Damit war im RGW ein schwerwiegender Kurswechsel mit der Konsequenz eines in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre stark ansteigenden Nationaleinkommenstransfers der kleinen RGW-Länder zur UdSSR eingeleitet worden.

Darauf hätte in der DDR reagiert werden müssen. Ob unter diesen Bedingungen noch die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gewährleistet werden konnte, wäre zu prüfen gewesen. Im Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des ZK der SED im Dezember 1974 teilte Honecker mit, dass sich die DDR künftig an den Investitionen der UdSSR beteiligen werde, die zur Erschließung, Aufbereitung und zum Transport der Roh- und Brennstoffe notwendig sind.¹⁹

Um welche Größenordnung es sich dabei handelte, sei am DDR-Anteil am Aufschluss der Erdgaslagerstätte bei Orenburg am Westhang des Ural veranschaulicht. Auf die DDR entfiel laut Generalabkommen ein Bauabschnitt von 550 km Länge, der von Kremenschug am Dnepr bis Bar, südwestlich von Winniza, reichte. Sie hatte dafür 400.000 t Stahlrohre, 120.000 t Beton und Stahlbeton, 3.000 t Isolationsmaterial bereitzustellen und zu verarbeiten. 5.800 Arbeiter aus der DDR hatten unter Einsatz moderner Technik etwa 20 Mio. Kubikmeter Erdmassen zu bewegen. Der DDR-Streckenabschnitt kreuzte zehn Eisenbahnlinien, 15 große Straßen und mehrere Flüsse.²⁰

Honecker hatte auf der erwähnten Tagung darauf hingewiesen, dass sich aus den Investitionsbeteiligungen wachsende Anforderungen an die Akkumulationskraft der Wirtschaft ergeben. Auf die steigenden Preise bei Rohstoffeinkäufen in der UdSSR ging Honecker noch nicht ein. Jedoch wies er darauf hin, dass die DDR bei Rohstoffeinkäufen im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet mit einem starken Preisanstieg konfrontiert sei. Der Durchschnittspreis je Tonne stieg bei Erdöl von 36 Valuta-Mark (VM) im Jahre 1972 auf 192 VM im Jahre 1974. Bei Getreide erhöhte sich der Preis je Tonne im gleichen Zeitraum von 131 auf 317 VM, bei Rohkaffee von 2.275 auf 3.734 VM und bei Kakao-Bohnen von 1.702 auf 3.857 VM.²¹ Infolge der Preiserhöhungen auf dem „imperialistischen Markt“ in Verbindung mit den Importüberschüssen und Zinsen seien hohe Stützungen in Mark der DDR aus dem Staatshaushalt erforderlich geworden. Da die erhöhten Aufwendungen in den Industriepreisen nicht enthalten seien, seien die Subventionen gestiegen. Das Ansteigen der Subventionen wurde zu einem stetigen Trend in der Honecker Ära, dieser Trend bremste das Wirken des Wertgesetzes. Den Ernst der Lage unterstrich Honecker mit den Worten: „Heute steht die Frage der Intensivierung

¹⁹ Erich Honecker: Aus dem Bericht des Politbüros an das ZK der SED. Berlin 1974, S. 26.

²⁰ Vgl. Margot Hegemann, *Kurze Geschichte...*, a.a.O., S. 322.

²¹ Erich Honecker: Aus dem Bericht...a.a.O., S. 26-27.

und der Erhöhung der Effektivität in unserer Volkswirtschaft mit völlig neuer Schärfe.“²²

Auf der 14. Tagung beschränkte sich Honecker darauf, über die Einberufung des IX. Parteitages zu sprechen. Dieser Parteitag werde die Bilanz der Ergebnisse ziehen, die auf innen- und außenpolitischem Gebiet durch die Verwirklichung des VIII. Parteitages erreicht wurden. In der Pose eines Verkünders sprach Honecker über die Fortschritte seit dem VIII. Parteitag: „Großes wurde vollbracht. Mit der Kraft des Volkes und zum Wohle des Volkes sind wir bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in unserem Land eine beträchtliche Wegstrecke vorangekommen. In der wachsenden Stabilität und Autorität unseres Staates der Arbeiter und Bauern, in der Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und in den deutlichen Fortschritten bei der Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Menschen drückt sich der Erfolg der Politik aus, die wir in der Hauptaufgabe formuliert haben. Wir werden guten Gewissens vor die Delegierten des IX. Parteitages, vor unser ganzes Volk treten können: Das Wort des VIII. Parteitages wurde eingelöst.“²³ Honecker sagte an dieser Stelle nichts über die Veränderung der Preise für Rohstoffe und Energieträger im Bereich des RGW.

Dies überließ er Gerhard Grüneberg, der den Bericht des Politbüros an das ZK vortrug. Aber auch hier erfolgte die Information über die in strategischer Hinsicht veränderte Lage eher durch die Hintertür. Grüneberg führte aus: „Das Politbüro hat die Veränderung von Industriepreisen für Energie, Rohstoffe, Materialien und andere ausgewählte Erzeugnisse für das Jahr 1976 bestätigt. Damit werden für die Betriebe die höheren volkswirtschaftlichen Aufwendungen sichtbar gemacht, ohne dass dabei Auswirkungen auf die Verbraucherpreise der Bevölkerung entstehen.“²⁴ Was hier versprochen wurde, konnte wohl kaum eine realistische Politik genannt werden.

Die neuen RGW-Vertragspreise

Von 1974 zum Jahr 1975 vollzog der RGW den Übergang von den bisher üblichen Festpreisen zu den schrittweise an den Weltmarktpreisen orientierten Vertragspreisen. Darüber wurde dem SED-Politbüro „Streng vertraulich“ ein Dokument zur Kenntnis gebracht: „Bericht über die Verhandlungsergebnisse zur Korrektur der RGW-Vertragspreise für das Jahr 1975 und über die Vorbereitung der RGW-Vertragspreisänderung im Jahr 1976.“²⁵

Es wurde informiert, dass für 1975 die Vereinbarungen über die neuen Vertragspreise mit der UdSSR, der CSSR und der VR Polen abgeschlossen seien.

²² Ebenda, S. 27.

²³ Erich Honecker: Zur Einberufung des IX. Parteitages der SED, in: 14. Tagung des Zentralkomitees 5-6.1975. Dokumente. Berlin 1975, S. 9.

²⁴ Gerhard Grüneberg: Aus dem Bericht des Politbüros, a.a.O., S. 45.

²⁵ SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2/1588, Bl. 118-167.

Eine wesentliche Rolle bei der Korrektur der Preise für 1975 habe die Erhöhung der Preise für Fertigerzeugnisse vor allem des Maschinenbaus gespielt. So wurden zum Beispiel die Exportpreise für Schiffe durchschnittlich um 51 Prozent, Maschinenfahrzeuge um 44 Prozent, Kräne und Förderanlagen um 43 Prozent erhöht. Auf den Maschinenbau der DDR entfielen rd. 81 Prozent der erreichten Exportpreisverbesserungen.

Tab. 2: Preisveränderungen für ausgewählte Import- und Exportgüter im Handel mit der UdSSR für das Jahr 1975²⁶

Import der DDR aus der UdSSR		Export der DDR in die UdSSR	
Erdöl	um 150 %	Chemieanlagen	um 39 %
Steinkohle	um 114 %	Schiffe	um 51 %
Eisenerz	um 30 %	Schienenfahrzeuge	um 44 %
Roheisen	um 60 %	Krane/Förderanlagen	um 43 %
Walzstahl	um 86 %	Dieselmotoren	um 30 %
Schnittholz	um 94 %	Armaturen	um 40 %
Getreide	um 44 %	Werkzeugmaschinen	um 38 %
Pflanzenöle	um 85 %	Textilmaschinen	um 30 %
Werkzeugmaschinen	um 31 %	Nagama*	um 40 %
Traktoren	um 23 %	Plast-/Elastmaschinen	um 40 %
PKW	um 17 %	Konfektion	um 19 %
Luftfahrzeuge	um 15 %	Trikotagen	um 13 %
		Möbel	um 25 %

* Nahrungs- und Genussmittel-Maschinenbau

Als Fazit wurde festgehalten, dass trotz der Preiskorrektur der Währungssaldo der DDR mit der UdSSR mit einem Aktivsaldo in Höhe von ca. 80 Mio. Rubel im Jahre 1975 abschließen werde. Hauptursache für diese Entwicklung sei insbesondere die Untererfüllung des Importplanes sowie die geringer als geplant ausgefallene Preiskorrektur beim Import der DDR.

Der bisherige Verlauf der Verhandlungen habe gezeigt, dass die Vereinbarung der vorgesehenen Preiserhöhungen für Exporte der DDR kompliziert sei. Die sowjetischen Außenhandelsbetriebe forderten teilweise Preisabschläge bei abweichenden technisch-ökonomischen Parametern der DDR-Erzeugnisse gegenüber Erzeugnissen auf kapitalistischen Märkten. In der Vergangenheit aufgetretene Qualitätsmängel würden als Begründung gegen berechnete Exportpreiserhöhungen genutzt. In Verbindung mit sinkenden Weltmarktpreisen

²⁶ Ebenda, Bl. 128.

würden in diesem Zusammenhang Preissenkungen beim Export traditioneller Rechentechnik und bei Farbfilmen gefordert.

Wesentlichen Einfluss auf das Ergebnis der Preiskorrekturen 1976 werde beim Import der DDR die Vereinbarung eines neuen Preises für Erdöl haben. Das zuständige Außenhandelsunternehmen der UdSSR habe für 1976 einen Preisvorschlag von 41,28 Rubel pro t Erdöl (Preis 1975: 35 Rubel) übergeben. Diesen Preis akzeptierte die DDR nicht. Aus Berechnungen der DDR-Seite ließ sich nur ein Preis von 36,15 Rubel pro t begründen.

Mit den anderen RGW-Ländern verständigte sich die UdSSR auf einen Preis von 37,95 Rubel je t im Jahre 1976. Der aktuelle Weltmarktpreis liege bei 61,89 Rubel/t.²⁷ Für die Statistik sollte die durch die Preiskorrekturen bewirkten Steigerungsraten ermittelt werden, so zum Beispiel gegenüber der UdSSR²⁸:

Tab. 3: Preissteigerungsraten im Warenaustausch mit der UdSSR 1974/1975		
	zu alten RGW-Vertragspreisen	zu neuen RGW-Vertragspreisen
Export	105 %	124 %
Import	101 %	146 %

Gemäß Beschluss des Politbüros vom 4. Februar 1975 wurden Maßnahmen und Regelungen zum Ausgleich höherer finanzieller Importleistungen beschlossen. Die höheren finanziellen Belastungen sollten gesondert erfasst und vierteljährlich gegenüber dem Politbüro abgerechnet werden.

Mit dem Jahr 1975 begab sich der RGW in eine schwierige Phase der ständig neuen Preisaushandlungen. Es sei auf die Feststellungen von Siegfried Wenzel, damals stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, aus der Zeit nach 1989 zum Thema Preise verwiesen: „Vor allem die Preise und damit zusammenhängende Kategorien unterlagen oftmals außerökonomischen, voluntaristischen Festlegungen. Je länger sie, ohne am Markt überprüft zu werden, angewandt wurden, desto weiter entfernten sie sich von den objektiven Realitäten. Es ergab sich eine schleichende Deformierung ihres objektiven Gehalts. Das sozialistische Weltssystem besaß deshalb auch nie eine eigene, von allen Teilnehmern anerkannte Preisbasis, da es keinen wirklichen sozialistischen Weltmarkt gab. Man einigte sich dann für den gegenseitigen Warenaustausch bekanntlich auf die Anwendung der Preise des kapitalistischen Weltmarktes, zumindest bei entscheidenden Warenkategorien wie Erdöl, Erdgas u.a. Rohstoffen und Materialien. Die darüber hinaus zwischen den sozialistischen Ländern angewandten Verrechnungspreise waren ‚ausgehandelte Preise‘.“²⁹

²⁷ Vgl. ebenda, Bl. 164.

²⁸ Vgl. ebenda, Bl. 167.

²⁹ Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? Berlin 2009, S. 253.

Tab. 4: Produktionsgebundene Preisstützungen zur Aufrechterhaltung stabiler Verbraucherpreise und Tarife sowie für niedrige stabile Wohnungsmieten (in Mrd. Mark)³⁰

Jahr	gesamt	davon für Nah- rungsmittel	für stabile Woh- nungsmieten
1971	8,5	5,5	0,6
1972	9,6	6,1	0,7
1973	10,2	6,6	0,9
1974	10,6	6,9	1,1
1975	11,2	7,2	1,3
1971-1975	50,1	32,3	4,6
1976	13,1	7,4	1,5
1977	13,7	7,5	2,0
1978	14,2	7,7	2,2
1979	15,7	7,8	2,7
1980	16,9	7,8	2,8
1976-1980	73,6	38,2	11,2

Sozialpolitik auf Kosten der Wirtschaft

Da der VIII. Parteitag den Arbeitslohn als Hauptform für die materielle Interessiertheit definiert hatte und in diesem Zusammenhang ein Tarifprojekt für dringlich hielt, war die Plankommission bis Mitte der 1970er Jahre damit befasst, in das Gewirr der etwa 170 Lohngruppen, das nach zahlreichen Wirtschaftsprogrammen (z.B. Kohle- und Energieprogramm oder Chemieprogramm) im Wildwuchs entstanden war, eine klare Struktur mit dem Ziel zu bringen, dem Leistungsprinzip mehr Geltung zu verschaffen. Im Beschlusskatalog für den IX. Parteitag der SED im Mai 1976 standen sowohl das Tarifprojekt als auch das „Sozialpolitische Programm für 1976-80“³¹. Da die zur Verfügung stehenden Ressourcen nur für eines dieser beiden Projekte reichte, wurde vom IX. Parteitag vorerst kein Beschluss gefasst. Die an „Parteitags“-Geschenke gewöhnte Bevölkerung der DDR reagierte tief enttäuscht auf den IX. Parteitag. Geradezu in Panik ließ die SED-Führung schon am 27. Mai 1976 das sozialpolitische Programm als gemeinsamen Beschluss des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR in Kraft setzen.

Das viel dringlichere Tarifprojekt blieb auch fürderhin auf der Strecke. Das, was ab dem IX. Parteitag „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ge-

³⁰ Helmut Weiß: Verbraucherpreise in der DDR. Wie stabil waren sie? Schkeuditz 1998, S. 225.

³¹ Interview des Vf.s mit Otto Tüchel, Mitarbeiter der Plankommission, am 6. Juni 1976.

nannt wurde, wandelte sich im laufenden Fünfjahrplan zu einer Sozialpolitik auf Kosten der Wirtschaft. Die Wirtschaft vermochte nicht zu leisten, was die Sozialpolitik ihr abverlangte. Die Differenz konnte nur durch Devisenkredite ausgeglichen werden. Diese Praxis ließ sich einige Zeit als materielle Fundierung der Entspannungspolitik verharmlosen. Zugleich jedoch drohte früher oder später die Schuldenfalle. Das Leistungsprinzip hatte immer weniger eine Chance. Die Subventionen stiegen. Der Hinweis der SED auf die „zweite Lohntüte“ spornte die Bürger kaum an.

Die DDR verließ wohl oder übel den Wachstumspfad, den sie in der ersten Hälfte der 1970er noch beschritten hatte. Stagnation und Schuldenfalle drohten ihr im nachfolgenden Jahrzehnt.